

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 56 (1973)
Heft: 5

Artikel: Parteien und Presse zur Jesuiten-Abstimmung
Autor: Gyssling, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-412075>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

experimentierfreudigen Architekten. In Cochem an der Mosel, einem Städtchen, das wirtschaftlich und demographisch stagniert, wurden seit Kriegsende 7 Gotteshäuser neu gebaut. Von den 10 bestehenden Kirchen bei 8207 Einwohnern (1972) werden nur deren 5 benützt, die anderen stehen leer. Andererseits herrscht in der genannten Gemeinde ein Mangel an Kindergartenplätzen. Wo bleibt da der gesunde Menschenverstand? «Stern» schreibt diesbezüglich: «Seit dem zweiten Weltkrieg sind in der Bundesrepublik mehr Kirchen gebaut worden als in den vier Jahrhunderten zuvor im ganzen Deutschen Reich (und dies, obwohl der Dreissigjährige Krieg schlimmere Verheerungen angerichtet hat als der Zweite Weltkrieg). So hat allein das Erzbistum Köln binnen weniger Jahre 400 neue Kirchentempel gebaut. Die unzähligen Wochenendhäuser Gottes, die der Klerus auf diese Art in den letzten zwei Jahrzehnten neu gebaut hat, unterscheiden sich freilich in einem Punkt von den christlichen Eigenheimen seiner kleinbürgerlichen Anhänger: Während das christliche Eigenheim stilgeschichtlich in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts gehört (Biedermeier), sind die Wochenendhäuser Gottes architektonisch eine Fortsetzung des grossdeutschen Festungsbaus im Zweiten Weltkrieg. Binnen zwei Jahrzehnten haben die kirchlichen Bauherren es fertiggebracht, die gesamte Bundesrepublik von Flensburg bis Passau mit einer Art sakralem Atlantikwall zu befestigen.» Auch vom geschäftlichen Standpunkt aus kann man diese Bauerei von Kirchen, nach denen kein Bedürfnis besteht, nur als Leerlauf bezeichnen. Wären an Stelle der vielen kostspieligen abstrakten Gotteshäuser Wohnungen zu tragbaren Mietzinsen, Luxusapartements für Neureiche oder Hotels errichtet worden, so hätte das Baufieber noch jemandem gedient und zudem eine Rendite abgeworfen, welche für soziale Zwecke hätte verwendet werden können. Aber nein, die Kirchenherren zogen vor den Mangelartikel Land unnütz zu verschandeln.

Im vergangenen Jahr wurde die wilde Bauerei von Kultstätten gedrosselt, und dies wegen — Geldmangels. In den letzten fünf Jahren sind nämlich die kirchlichen Personalkosten dank des aufgeblähten Verwaltungsapparates raketenhaft gestiegen. Das winzige Bistum Speyer ernährt laut «Stern»

«einen bürokratischen Wasserkopf von 189 Personen» für die Betreuung von 723 000 Seelen. Der französische Kardinal Marty und seine drei Nachbischöfe jedoch spenden mit nur 155 Bediensteten 5 1/2 Millionen mühseligen und beladenen Parisern Trost. Zwanzig evangelische Landeskirchen und 22 katholische Bistümer gibt es in der Bundesrepublik und Westberlin. Diese 42 Kurien sind laut «Stern» «nicht nur voll beschäftigt, sondern überlastet. Ein Teil des Personals hält Andacht vor dem neuen Computer,

den so ziemlich jede Kurie als Unterpfeiler der eigenen Fortschrittlichkeit verehrt. Ein weiterer Teil des Personals ist damit beschäftigt, Sankt Computer zu füttern.»

Das Gebaren der Kirchen steht unter aller Kritik. Wir Freidenker gehen mit den engagierten Christen gleich welcher Konfession völlig einig, wenn diese sich über einen derartigen Geldverschleiss empören und solche Zustände für eine Religion der Nächstenliebe als unwürdig betrachten.

Max P. Morf

Parteien und Presse zur Jesuiten-Abstimmung

Je näher der Termin der Abstimmung über die Aufhebung des Jesuiten- und Klosterartikels der Bundesverfassung heranrückt (20. 5.), desto mehr beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit dieser Frage. Die Parteien haben grösstenteils schon jetzt ihre Abstimmungsparolen ausgegeben, wobei es nicht überrascht, dass sich die meisten von ihnen in Übereinstimmung mit ihren Parlamentsfraktionen für ein Ja zur bundesrätlichen Vorlage ausgesprochen haben.

Immerhin kam es auf den Kongressen einzelner Parteien zu recht ausgedehnten und manchmal hitzigen Debatten, auch wurde die Ja-Parole, so beim Landesring der Unabhängigen, gegen eine beachtliche Minderheit beschlossen. Noch härter umkämpft war die Vorlage auf dem Parteitag der Evangelischen Volkspartei, wo sich Ja- und Neinsager fast gleich stark gegenüberstanden, so dass schliesslich ein vermittelnder Beschluss auf Stimmfreigabe zustande kam. Aber die Zürcher Delegierten dieser Partei und auch ihre Thurgauer Kantonalorganisation haben sich in aller Form für die Nein-Parole ausgesprochen. Die Minderheiten, die in den einzelnen Parteien gegen die Vorlage in Erscheinung getreten sind und auch die starke Aktivität des Komitees zur Aufrechterhaltung der Staatsschutzartikel haben nun bewirkt, dass sowohl die Meinungspresse wie die seriöse parteipolitisch neutrale Presse in vermehrtem Mass den Stimmen der Gegner der Vorlage Raum geben.

Natürlich drucken sie auch die für die Vorlage eintretenden Entschliessungen der Parteien und kirchlichen Spit-

zenorganisationen ab, aber mindestens in der Form von Leserbriefen kommt auch die Gegenseite zu Wort. So heisst es in der «AZ» vom 17. März «viele senkrechte Sozialdemokraten werden deshalb Nein stimmen, weil sie in der Jesuitenvorlage eine bedingungslose Kapitulation vor dem Machtanspruch des politischen Katholizismus erblicken, der seinerzeit in Deutschland, Italien, Spanien, Oesterreich und anderen Ländern den Faschismus an die Macht gebracht hat.» Als Gegenleistung für die Aufhebung des Jesuitenartikels müsste mindestens die konfessionelle Neutralität der Schule, die in der Bundesverfassung verkündet ist, auch in den katholischen Kantonen praktisch sichergestellt sein.

Auch die «National-Zeitung» in Basel hat wiederholt Leserbriefe veröffentlicht, welche gegen die bundesrätliche Vorlage Stellung nehmen. Ebenso die «Tat». In diesem Blatt wendet sich eine Leserin gegen die Europäische Menschenrechtskonvention der zuliebe der Jesuitenartikel geopfert werden soll. Die Universelle Menschenrechtskonvention der Vereinigten Nationen genüge durchaus und trage nicht die Spuren davon, dass sie im Einvernehmen mit dem Vatikan formuliert worden sei. Ihr genauer Inhalt sei dem Schweizervolk nie zum Bewusstsein gebracht worden. Davon scheint uns richtig, dass in der ersten Epoche der Realisierung einer Europa-Politik das katholische Triumvirat Adenauer—de Gasperi—Robert Schuman den entscheidenden Einfluss ausübte, so dass die Vermutungen der Leserbriefschreiberin durchaus nicht abwegig erscheinen.

Ein anderer Leserbrief der «Tat» wendet sich gegen Nationalrat Schwarzenbach, weil er sich von seinen gegen die Aufhebung des Jesuitenverbots demonstrierenden Parteifreunden distanziert hat.

Zum Schluss sei noch ein E. B. gezeichneter Artikel des gleichen Blattes (Ausgabe vom 10. 4.) erwähnt, der sich zwar mit recht komplizierten psychologischen und philosophischen Gedankengängen für die Aufhebung des Jesuitenverbots einsetzt, dafür aber den Klosterartikel aufs Korn nimmt. Ausgehend von dem vor einigen Jahren bekannt gewordenen regelrechten Mädchenhandel, mittels dessen sich einige europäische Klöster aus Sündindien mit minderjährigen, ihren Fami-

lien abgekauften «dienenden» Schwestern versorgten, fordert er den Schutz der Jugend gegen den Missbrauch von romantischen Vorstellungen, die im Pubertätsalter auftreten. Kein Eintritt in ein Kloster soll vor dem 28. Lebensjahr erfolgen dürfen und kein «ewiges Gelübde» vor dem 35. E. B. bezweifelt selbst, dass sich die Kirche auf diese Bedingungen einlassen werde und ist daher gegen die Aufhebung des Klosterartikels. Bis zur Abstimmung werden wir von beiden Seiten noch manche Aeusserungen zu hören bekommen, die es verdienen, für spätere Auseinandersetzungen im Gedächtnis aufbewahrt zu werden.

Walter Gyssling

Kirche im Ghetto

Das Manifest der deutschen Jungdemokraten, das die radikale Trennung der Kirche von Staat und Schule fordert (der «Freidenker» hat in seiner April-Ausgabe 1973 die entsprechenden Texte veröffentlicht), hat in der Schweiz eine recht bemerkenswerte Pressediskussion ausgelöst. Kirchliche Kreise wittern in diesem Manifest sichtlich eine Gefahr, macht es doch deutlich, dass nicht nur die verketteten Jusos, sondern auch die «Judos», also eine der Freien Demokratischen Partei (FDP) verbundene bürgerliche Jugendorganisation, die im Herbst viel zum Wahlerfolg der FDP beigetragen hat, von der privilegierten Stellung der Staatskirche nichts mehr wissen will.

Das Manifest wurde in der Schweizer Presse, die sich liberal nennt, weitgehend abgelehnt oder doch sehr kritisch beurteilt. Doch lassen sich auch andere Stimmen vernehmen. So hat der Berner «Bund» auf einen kritischen Kommentar hin Leserbriefe erhalten, die ganz andere Töne anschlagen und die zeigen, dass auch im Schweizer Bürgertum Kreise vorhanden sind, die sich nicht am kirchlichen Gängelband führen lassen.

Einer dieser Leserbriefe verteidigt die Judos gegen den Vorwurf, ihre Forderungen seien überlebtes 19. Jahrhundert. «Das Staatskirchentum ist vielmehr in der Demokratie ein feudalistisches Ueberbleibsel, widerspricht der Religionsfreiheit und bringt Staat und Bürger in Schwierigkeiten.» Weiter

heisst es dort: «Es ist gerade der moderne Freiheitsbegriff, der die Forderungen der deutschen Jungdemokraten aktuell macht. Sie sind keine ‚verstaubten Parolen‘, im Gegenteil: sehr fortschrittlich und aktuell, auch in der Schweiz». In der gleichen Nummer des «Bund» findet sich unter dem Titel «Kirche im Ghetto» ein weiterer von Jean Scheidegger gezeichneter Leserbrief, der sich gegen die Behauptung wehrt, die Trennung vom Staat würde Kirche und Gläubige in ein Ghetto zwingen «Dass dies nicht wahr ist, zeigt das Beispiel der vom Staat unabhängigen reformierten Kirche Frankreichs; diese ist trotz der geringen Zahl ihrer Glieder viel engagierter und offener als unsere Landeskirche. Viel glaubwürdiger auch, denn ihre Sprecher lassen sich ihre Unabhängigkeit etwas kosten, während bei uns etliche Pfarrer bei jeder Gelegenheit gegen den Staat und das Establishment kläffen, aber nicht daran denken ihre Privilegien und ihre Beamtenstellung aufzugeben. In Wirklichkeit sitzt unsere Landeskirche jetzt im Ghetto und hat Angst, es zu verlassen. Sie ist die Angelegenheit einer kleinen Minderheit, die sich nach aussen abschliesst. Neue Glieder sind nur willkommen, wenn sie des Pfarrers Kreise nicht stören.» Scheidegger schliesst seinen Leserbrief mit der Bemerkung, dass auch bei uns die Stunde der Trennung von Kirche und Staat näherzurücken scheine. «Dass Pfarrherren beginnen, diese Gefahr, die nur für sie eine ist,

ernst zu nehmen, ist ein erfreuliches Zeichen.»

Wir sind nicht so ganz optimistisch wie dieser Leserbriefschreiber, es wird im Gegenteil noch sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten sein, bis das widernatürliche Bündnis von Staat und Kirche auseinanderfällt. An uns Freidenkern ist es, bei dieser Aufklärungsarbeit allen anderen voranzugehen.

Walter Gyssling

Moskaus Pharisäer

Im Jahre 1966 fand in der Columbia University eine Konferenz über Religion in der Sowjetunion statt, der dann weitere folgten. Auf beiden Seiten des Atlantiks gab es ähnliche Absprachen, und die Ergebnisse wurden gesammelt unter dem Titel «Aspects of Religion in the Soviet Union, 1917 until 1967» (Chicago and London, University of Chicago Press, 1971).

Was die Professoren am meisten wunderte, war die scheinbare Vitalität der Religion in der Sowjetunion nach mehr als einem halben Jahrhundert eines von oben her dekretierten Atheismus. Dies jedoch ist eine an sich ganz natürliche Folge des politischen Klimas, das in der Sowjetunion heute herrscht.

Religion ist die Widerspiegelung einer Unterdrückung, die ein Gefühl von Angst und Unsicherheit erzeugt; nur wenn diese Voraussetzung aufhört, kann die Notwendigkeit absterben, Hilfe im Himmel zu suchen. Marx und Engels erwarteten vom Kommunismus das Absterben des Staates; im Sowjetstaat ist das Gegenteil eingetreten, und eine tyrannische Hierarchie diktiert sogar das Denken des einzelnen. Anstelle einer Diktatur des Proletariats — also von unten nach oben — gibt es eine Diktatur eines Triumvirats und seiner Apparatschiki. Grundlegende Bürgerrechte und individuelle Freiheit werden niedergetrampelt, und Kritik ist nicht erlaubt, daher fühlt sich niemand sicher, dass nicht eines Nachts die Geheimpolizei klopfen könnte. Dies ist ein idealer Boden für das Wachstum religiöser, ja sogar messianischer Hoffnungen.

In seiner «Kritik des Gothaer Programms» hatte Marx die ungehaltene Bemerkung gemacht: «Jeder muss seine religiöse wie seine leibliche Notdurft verrichten können, ohne dass